

# Handbuch zum Migrationsrecht

Marc Spescha  
Antonia Kerland  
Peter Bolzli

3., unveränderte Auflage 2015

**orell füssli** Verlag

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>5</b>
<b>Inhaltsverzeichnis</b> .....	<b>7</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>21</b>
<b>Lesehinweise</b> .....	<b>29</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>31</b>
<b>I Schweiz: Vom Auswanderungsland zur Einwanderungs-</b> <b>gesellschaft</b> .....	<b>35</b>
1 Ursprünge der «humanitären Tradition» der Schweiz.....	35
2 Auswanderungsland bis Ende der 1880er-Jahre.....	37
3 Wachsende Überfremdungsängste zu Beginn des 20. Jahrhunderts.....	38
4 Die Praxis der Überfremdungsabwehr nach dem Ersten und während des Zweiten Weltkrieges.....	41
5 Das Ausländergesetz im Dienste arbeitsmarktlicher Interessen.....	45
5.1 Arbeitsimmigration im Schatten des Überfremdungsdiskurses.....	45
5.2 Schwarzenbach-Initiative, bundesrätliche Begrenzungs- politik und Export von Arbeitslosigkeit.....	48
5.3 Arbeitsimmigration im Spiegel der Konjunktorentwicklung und der Boom-Jahre 1985–1991.....	49
6 Immigration durch Familiennachzug und als Asylimmigration in den 1990er-Jahren.....	50
7 Dauerbrenner Asylpolitik, freier Personenverkehr in Europa und neues Ausländergesetz.....	51
8 Die «neue» Fremdenangst – erfolgreich mobilisiert.....	54
8.1 Die Zäsur vom 9. Februar 2014.....	55
8.2 «Wer A sagt, muss nicht B sagen ...» oder: Was für die Zukunft der «Bilateralen» zu tun ist.....	56
8.3 Zusätzliche Hürden auf dem Weg zum Bürgerrecht.....	58
9 Europäisches Abschottungssystem gegen unerwünschte «Boots- flüchtlinge» gescheitert.....	59
9.1 Von der «mensenrechtlichen Einhegung der Europäischen Grenzkontrolle» ... ..	59

9.2 ... zu einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik? .....	61
<b>II Dimensionen und Facetten der «neuen Einwanderung» .....</b>	<b>67</b>
1 Vorrangige ökonomische Interessen und Familiennachzug .....	67
2 Mehr als zwei Drittel der «Ausländer» in der Schweiz stammen aus EU-/EFTA-Staaten .....	72
3 Migrationspolitik zwischen Populismus, Realitätsverleugnung und Pragmatismus .....	73
<b>III EU-/EFTA-Staaten/Drittstaaten: Duales System, Rechtsquellen     und der Unterschied zwischen Rechtsanspruch und Ermessen .....</b>	<b>77</b>
1 Das FZA als Rechtsgrundlage der Personenfreizügigkeit für EU-/EFTA-Bürger und deren Familienangehörige .....	77
1.1 Die Staatsangehörigen der «alten» EU-Mitgliedsländer und die Staatsangehörigen der EFTA-Länder .....	77
1.2 «Neue» EU-Staaten sowie Rumänien und Bulgarien und Fortführung des Abkommens .....	78
2 Das Ausländergesetz (AuG) als «Bollwerk» gegen Einwanderungs- willige aus sog. Drittstaaten und im Dienste von Völkerrecht, Humanität und Familienleben .....	80
2.1 Arbeitsimmigration als Eliteimmigration .....	80
2.2 Familiennachzug, völkerrechtliche Verpflichtungen und humanitäre Gründe .....	81
2.3 Ausgeklügeltes Instrumentarium gegen Missbrauch und zur Entledigung «unerwünschter» Ausländer .....	81
2.4 Zahlreiche Verordnungen zum AuG und ergänzende Gesetze .....	81
3 Niederlassungsvereinbarungen als staatsvertragliches Sonderrecht .....	83
4 Multilaterale Abkommen und völkerrechtliche Normen mit Bedeutung für das Migrationsrecht .....	84
4.1 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) .....	84
4.2 UN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes (KRK) .....	86
4.3 UN-Pakt II über die bürgerlichen und politischen Rechte .....	87
5 Schutz durch die Bundesverfassung? .....	87
6 Die Unterscheidung zwischen Rechtsanspruch und Ermessen .....	89
<b>IV Einreisevoraussetzungen und Visumpflicht .....</b>	<b>95</b>
1 Die Schweiz als Schengen-Mitglied .....	95

2	Allgemeine Voraussetzungen für den Grenzübertritt in die Schweiz .....	98
2.1	Was gilt als gültiges und anerkanntes Reisedokument? .....	99
2.2	Wer braucht ein Visum und zu welchen Zwecken wird es ausgestellt? ...	99
2.2.1	Staatsangehörige eines Schengen-Staates und der EU .....	100
2.2.2	Drittstaatsangehörige für Kurzaufenthalte bis zu drei Monaten (Schengenvisum oder Visum mit räumlich beschränkter Gültigkeit) .....	100
2.2.3	Drittstaatsangehörige für längere Aufenthalte (nationales Visum) .....	102
2.2.4	Der Aufenthaltswitz muss belegt werden .....	102
2.2.5	Besonderheiten bei bewilligungspflichtigen Aufenthalten .....	102
2.3	Wann ist die Voraussetzung genügender finanzieller Mittel für die Dauer des Aufenthaltes erfüllt? .....	103
2.3.1	Nachweis durch die gesuchstellende Person .....	103
2.3.2	Verpflichtungserklärung .....	103
2.3.3	Reisekrankenversicherung .....	104
2.4	Wer stellt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bzw. für die internationalen Beziehungen dar? .....	105
2.5	Was sind Entfernungs- und Fernhaltungsmassnahmen? .....	105
2.6	Was bedeutet die Voraussetzung der gesicherten Wiederausreise? ....	107
2.7	Wie berechnet sich die zulässige Aufenthaltsdauer von 90 Tagen je Zeitraum von 180 Tagen? .....	114
3	Das Verfahren der Visumerteilung .....	116
3.1	Visum für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten (Schengenvisum oder Visum mit beschränkter räumlicher Gültigkeit) .....	118
3.2	Visum für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten und bewilligungspflichtige Aufenthalte (nationales Visum) .....	120
3.3	Wie kann gegen eine Abweisung des Visumgesuchs vorgegangen werden? .....	121
4	Verlängerung eines Visums .....	122
5	Rückreisevisum .....	123
6	Meldepflichten nach der Einreise .....	124
6.1	Meldepflicht für Aufenthalte ohne Erwerbstätigkeit .....	124
6.2	Meldepflicht für Aufenthalte mit Erwerbstätigkeit .....	124
6.3	Weitere Meldepflichten .....	124

7	Änderung des Aufenthaltszweckes nach der Einreise .....	124
<b>V</b>	<b>Anwesenheitsregelung, Bewilligungsarten und deren Um-</b>	
	<b>wandlung .....</b>	<b>127</b>
1	Die Regelung der Anwesenheit .....	127
1.1	Die Bewilligungspflicht .....	127
1.2	Das Bewilligungsgesuch .....	128
1.3	Die Bewilligungserteilung und der entsprechende Ausländerausweis ...	129
1.4	Geltungsbereich der Bewilligung .....	130
2	Die Aufenthaltsbewilligung (B-Ausweis).....	131
2.1	Das «B»: Die befristete und zweckgebundene Bewilligung .....	131
2.1.1	Dauer und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung .....	131
2.1.2	Das Verhältnis von Aufenthalt und Aufenthaltszweck .....	132
2.2	B-Ausweis EU/EFTA .....	134
2.2.1	Voraussetzungen .....	134
2.2.2	Dauer und Verlängerung .....	135
2.2.3	Geografische und berufliche Mobilität .....	135
2.3	B-Ausweis für Drittstaatsangehörige .....	136
2.3.1	Voraussetzungen .....	136
2.3.2	Dauer und Verlängerung .....	138
2.3.3	Geografische und berufliche Mobilität .....	138
3	Die Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) .....	139
3.1	Das «C»: Die Bewilligung für Einheimische ohne Schweizer Pass.....	139
3.2	C-Ausweis EU/EFTA .....	140
3.2.1	Voraussetzungen .....	140
3.2.2	Geografische und berufliche Mobilität .....	140
3.3	C-Ausweis für Drittstaatsangehörige.....	141
3.3.1	Voraussetzungen .....	141
3.3.2	Geografische und berufliche Mobilität .....	143
4	Die Kurzaufenthaltsbewilligung (L-Ausweis).....	144
4.1	L-Ausweis EU/EFTA .....	144
4.1.1	Voraussetzungen .....	144
4.1.2	Dauer und Verlängerung .....	144
4.1.3	Geografische und berufliche Mobilität .....	144
4.2	L-Ausweis für Drittstaatsangehörige .....	145

---

4.2.1	Voraussetzungen.....	145
4.2.2	Dauer und Verlängerung.....	145
4.2.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	145
5	Die Grenzgängerbewilligung (G-Ausweis).....	146
5.1	G-Ausweis EU/EFTA.....	146
5.2	G-Ausweis für Drittstaatsangehörige.....	146
6	Der Status von vorläufig aufgenommenen Personen (F-Ausweis).....	147
6.1	Voraussetzungen.....	147
6.2	Dauer und Verlängerung.....	147
6.3	Geografische und berufliche Mobilität.....	148
7	Der Status von Schutzbedürftigen (S-Ausweis).....	149
8	Der Status von Asylsuchenden (N-Ausweis).....	150
9	Die migrationsrechtlichen Ausweise im Überblick.....	151
<b>VI</b>	<b>Die Einwanderung zwecks Erwerbstätigkeit (Arbeitsimmigration) ...</b>	<b>153</b>
1	Duales Zulassungssystem.....	153
2	Erwerbstätige aus EU- und EFTA-Staaten.....	154
2.1	Personenfreizügigkeit: Bedeutung.....	154
2.1.1	Stellensuchende.....	154
2.1.2	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.....	156
2.1.3	Selbstständigerwerbende.....	160
2.1.4	Grenzgängerinnen und Grenzgänger.....	162
2.1.5	Dienstleistungserbringerinnen und -erbringer.....	162
2.2	Schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit.....	164
2.2.1	EU-17 (EU-15 + Zypern und Malta) und EFTA.....	164
2.2.2	EU-8.....	165
2.2.3	EU-2: Rumänien und Bulgarien.....	165
2.2.4	Kroatien.....	166
2.3	Bewilligungs- und Anmeldeverfahren.....	167
2.4	Exkurs: Flankierende Massnahmen.....	168
3	Eliteimmigration aus Drittstaaten.....	170
3.1	Bewilligung zur Erwerbstätigkeit in der Schweiz.....	170
3.2	Bewilligung zur Aufnahme einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit....	172
3.3	Bewilligung zur Aufnahme einer selbstständigen Erwerbstätigkeit.....	173

3.4	Die einzelnen Voraussetzungen für die Bewilligungserteilung .....	173
3.4.1	Tätigkeit im gesamtwirtschaftlichen Interesse.....	173
3.4.2	Höchstzahlen (Kontingente).....	175
3.4.3	Vorrang inländischer Arbeitskräfte und Arbeitskräfte aus dem EU-/EFTA-Raum.....	176
3.4.4	Lohn- und Arbeitsbedingungen .....	182
3.4.5	Finanzielle und betriebliche Voraussetzungen bei selbstständiger Erwerbstätigkeit .....	182
3.4.6	Persönliche Voraussetzungen.....	183
3.4.7	Bedarfsgerechte Wohnung .....	186
3.5	Grenzgängerinnen und Grenzgänger .....	187
3.6	Dienstleistungserbringerinnen und Dienstleistungserbringer.....	187
3.7	Verfahren .....	188
3.8	Stellen- und Kantonswechsel.....	190
3.9	Abweichungen von den Zulassungsvoraussetzungen (Art. 30 AuG)....	190
<b>VII</b>	<b>Bewilligungen für Nichterwerbstätige .....</b>	<b>195</b>
1	Aufenthaltszweck.....	195
2	Staatsangehörige der EU/EFTA.....	195
2.1	Genügend finanzielle Mittel für den Lebensunterhalt.....	196
2.2	Umfassender Krankenversicherungsschutz.....	199
2.3	Besonderheiten für den Aufenthalt zu Aus- und Weiterbildungszwecken.....	199
3	Drittstaatsangehörige .....	200
3.1	Aufenthalt für eine Aus- und Weiterbildung .....	200
3.1.1	Anerkannte Schule .....	201
3.1.2	Genügende finanzielle Mittel .....	201
3.1.3	Persönliche und bildungsmässige Voraussetzungen.....	202
3.1.4	Dauer der Aus- oder Weiterbildung sowie Alter der Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller .....	203
3.1.5	Nebenerwerbstätigkeit.....	204
3.2.	Sechsmonatiger Aufenthalt zur Stellensuche nach Abschluss einer Aus- oder Weiterbildung an einer Schweizer Hochschule .....	204
3.3	Aufenthalt für Rentnerinnen und Rentner.....	205
3.3.1	Besondere persönliche Beziehungen zur Schweiz.....	206
3.3.2	Genügend finanzielle Mittel.....	207

3.4 Aufenthalt für medizinische Behandlungen .....	210
<b>VIII Familiennachzug .....</b>	<b>211</b>
1 Familiennachzug durch EU-/EFTA-Bürger: Die massgeblichen Bestimmungen des FZA.....	212
1.1 Allgemeine Voraussetzungen des Nachzugs .....	212
1.2 Nachzugsberechtigte Personen.....	214
1.2.1 Ehegatte und Verwandte in absteigender Linie (Bst. a).....	214
1.2.2 Verwandte in aufsteigender Linie (Bst. b).....	215
1.2.3 Familienangehörige Studierender (Bst. c) .....	215
1.2.4 Nachzugsbegünstigte «weitere Familienangehörige».....	215
1.3 Die Rechtsstellung nachgezogener Familienangehöriger .....	216
1.4 Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	217
1.4.1 Originäre Anspruchsberechtigung von EU-/EFTA-Bürgerinnen ..	218
1.4.2 Familienangehörige aus Drittstaaten: Verbleiberecht nach Art. 4 Anhang I FZA oder analoge Anwendung von Art. 50 AuG.....	218
1.4.3 Bei getrennt lebenden Eheleuten: Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs (analoge Anwendung von Art. 51 Abs. 2 Bst. a AuG).....	219
1.5 Einschränkung der Freizügigkeitsrechte .....	220
2 Familiennachzug im Geltungsbereich des AuG .....	220
2.1 Ausländische Familienangehörige von Schweizerinnen .....	220
2.1.1 Nachzugsrechte und -voraussetzungen bei Nachzug aus Drittstaat.....	221
2.1.2 Nachzugsrechte und -voraussetzungen bei Nachzug aus EU-/EFTA-Staat .....	225
2.1.3 Die Rechtsstellung der nachgezogenen Familienangehörigen ..	229
2.1.4 Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	229
2.1.5 Der Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs und Rechtsverlust aufgrund von Widerrufsgründen .....	238
2.2 Familienangehörige von niederlassungsberechtigten Personen .....	249
2.2.1 Allgemeine Nachzugsvoraussetzungen .....	249
2.2.2 Die Rechtsstellung der nachgezogenen Personen.....	250
2.2.3 Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft.....	250
2.2.4 Der Vorbehalt des Rechtsmissbrauchs und Rechtsverlust aufgrund von Widerrufsgründen .....	250

2.3	Familienangehörige von Personen mit Aufenthalts- und Kurzaufenthaltsbewilligung .....	251
2.3.1	Allgemeine Nachzugsvoraussetzungen.....	252
2.3.2	Die Rechtsstellung der nachgezogenen Personen .....	253
2.3.3	Folgen der Auflösung der Ehegemeinschaft .....	254
2.4	Familienangehörige von vorläufig aufgenommenen Personen.....	254
<b>IX</b>	<b>Sans-Papiers und Härtefallbewilligungen .....</b>	<b>261</b>
1	Die Verlegenheit der Politik im Angesicht der Zahl der Sans-Papiers .....	262
2	Die Härtefallregelung gemäss AuG .....	264
2.1	Die Anerkennung als «schwerwiegender persönlicher Härtefall» .....	264
2.2	Die einzelnen Härtefallkriterien .....	265
2.2.1	Integration.....	265
2.2.2	Respektierung der Rechtsordnung .....	266
2.2.3	Familiäre Verhältnisse .....	266
2.2.4	Finanzielle Verhältnisse und Arbeits- und Bildungswille .....	266
2.2.5	Anwesenheitsdauer in der Schweiz .....	267
2.2.6	Gesundheitszustand .....	267
2.2.7	Möglichkeiten der Wiedereingliederung im Herkunftsland ....	268
3	Die Härtefallregelung gemäss Asylgesetz .....	268
4	Das Verfahren zur Erteilung einer Härtefallbewilligung und die Rolle von Härtefallkommissionen.....	269
5	Exkurs: Zur Legalisierung von jugendlichen Sans-Papiers .....	271
<b>X</b>	<b>Verlust des Anwesenheitsrechts (Erlöschen, Widerruf, Nichtverlängerung der Bewilligung), Wegweisung und Einreiseverbot.....</b>	<b>275</b>
1	Gründe, die zum Erlöschen der Bewilligungen führen .....	275
1.1	Erlöschen der Bewilligung durch Abmeldung ins Ausland .....	275
1.2	Erlöschen der früheren Bewilligung durch Erteilung einer Bewilligung in einem anderen Kanton .....	276
1.3	Erlöschen der Bewilligung mit Ablauf der Gültigkeitsdauer .....	276
1.4	Erlöschen der Bewilligung mit der Ausweisung nach Art. 68 AuG.....	277
1.5	Erlöschen nach drei- bzw. sechsmonatigem Auslandsaufenthalt – Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Niederlassungsbewilligung ..	278
2	Gründe, die zum Widerruf von Bewilligungen führen können.....	278

2.1	Durch täuschende Angaben oder Verschweigen wesentlicher Tatsachen erschlichene Bewilligung .....	279
2.2	Der Widerrufsgrund der längerfristigen Freiheitsstrafe .....	280
2.3	Der Widerrufsgrund wiederholter Verstösse gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung .....	287
2.4	Der Widerrufsgrund der nicht eingehaltenen Bedingung .....	288
2.5	Sozialhilfeabhängigkeit als Widerrufsgrund .....	289
2.6	Nichtigerklärung einer (erschlichenen) Einbürgerung als Widerrufsgrund.....	291
2.7	Voraussetzungen des Widerrufs der Niederlassungsbewilligung und dessen Folgen .....	292
2.8	Voraussetzungen des Rechtsverlusts bei EU-/EFTA-Bürgern .....	293
2.8.1	Rechtsfolgen von Straffälligkeit und Sozialhilfebezug.....	294
2.8.2	Rechtsfolgen von Pensionierung, Invalidisierung oder Todesfall .....	298
3	Nichtverlängerung der Bewilligung anstelle des Widerrufs .....	300
4	Wegweisung als Entfernungsmassnahme .....	300
5	Einreiseverbot als Fernhaltungsmassnahme .....	301
<b>XI</b>	<b>Integrationspolitik .....</b>	<b>307</b>
1	Integration durch Schaffung von Chancengleichheit.....	307
2	Integration durch Spracherwerb und Informiertheit .....	309
3	Förderung der Integration als staatliche Aufgabe, die etwas kostet.....	309
4	Integration als Kriterium bei Bewilligungsentscheiden.....	310
5	Integration durch Information – auch der schweizerischen Bevölkerung ..	311
6	Die Kurzformel der Integration: Sprache, Arbeit und Gesetzestreue – aber Gedankenfreiheit .....	314
7	Willkommenskultur und Zugehörigkeit als Schlüsselbegriffe .....	317
8	Das «C» als desintegrative neue Einbürgerungshürde.....	320
<b>XII</b>	<b>Zwangsmassnahmen .....</b>	<b>325</b>
1	Prolog: Die Ausreisefrist .....	325
2	Die «milden» Zwangsmassnahmen .....	326
2.1	Die Vorladung.....	326
2.2	Meldepflicht, Kautionspflicht und Schriftensperre.....	326

2.3	Die kurzfristige Festhaltung .....	327
2.4	Die Ein- und Ausgrenzung .....	327
3	Die Administrativhaft .....	328
3.1	Die verschiedenen Haftarten und Haftgründe .....	328
3.1.1	Die Vorbereitungshaft (maximal 6 Monate) .....	328
3.1.2	Die Ausschaffungshaft (maximal 6 Monate inkl. anderer Haftarten, verlängerbar bis 18 Monate inkl. anderer Haftarten) ...	329
3.1.3	Die Durchsetzungshaft (1 Monat, verlängerbar jeweils um 2 Monate, bis max. 18 Monate inkl. anderer Haftarten) .....	330
3.2	Der Haftzweck .....	331
3.2.1	Das Verhältnismässigkeitsgebot .....	331
3.2.2	Das Beschleunigungsgebot .....	333
3.3	Die Haftüberprüfung .....	333
3.3.1	Kontrolle durch Verfahren .....	333
3.3.2	Bestätigung der Haftanordnung durch den Haftrichter .....	333
3.3.3	Das Haftentlassungsgesuch .....	334
3.3.4	Das Haftverlängerungsverfahren .....	335
3.3.5	Erneute Haftanordnung nach der Entlassung? .....	335
3.4	Die Haftdauer .....	336
3.5	Das Haftregime .....	336
3.5.1	Ausgestaltung des Gefängnisalltags .....	336
3.5.2	Unterbringung von Kindern, Jugendlichen und Familien .....	337
3.5.3	Die Unterbringung von psychisch Kranken und Suizidgefährdeten .....	337
4	Die Ausschaffung .....	338
4.1	Wegweisungsvollzug mit polizeilicher Gewalt .....	338
4.2	Das Zwangsanwendungsgesetz .....	338
<b>XIII Strafbestimmungen .....</b>		<b>341</b>
1	Sinn und Zweck der migrationsrechtlichen Strafbestimmungen .....	341
2	Überblick über die einzelnen Strafbestimmungen .....	342
2.1	Einreise- und Aufenthaltsdelikte .....	342
2.1.1	Rechtswidrige Einreise und rechtswidriger Aufenthalt .....	342
2.1.2	Erleichterungshandlungen .....	344
2.1.3	Schleppertatbestand .....	345

---

2.2	Schwarzarbeit .....	345
2.2.1	Begriff der Schwarzarbeit .....	345
2.2.2	Strafbarkeit von Schwarzarbeitgebern .....	346
2.2.3	Strafbarkeit von Schwarzarbeitern .....	346
2.3	Täuschungsdelikte.....	346
2.3.1	Allgemeine Täuschungshandlungen .....	346
2.3.2	«Scheinehe» .....	347
2.4	Weitere Widerhandlungen .....	347
3	Strafart und Strafmass.....	348
3.1	Strafart .....	348
3.2	Strafmass .....	349
<b>XIV</b>	<b>Zuständigkeit und Verfahren, praktische Tipps .....</b>	<b>351</b>
1	Zuständige Behörden .....	351
1.1	Erteilung, Verlängerung und Widerruf von Bewilligungen: Kantonale Migrationsbehörde .....	351
1.2	Sonderfall arbeitsmarktlicher Vorentscheid: Kantonale Arbeitsmarktbehörde .....	352
1.3	Zustimmung des Bundesamts für Migration .....	352
1.4	Andere Zuständigkeiten .....	354
2	Verfahren und Verfahrensgrundsätze .....	355
2.1	Untersuchungsmaxime.....	355
2.2	Mitwirkungspflicht.....	355
2.3	Rechtliches Gehör .....	357
2.3.1	Mitwirkungs- und Äusserungsrecht .....	357
2.3.2	Recht auf Akteneinsicht.....	358
3	Begründung des Entscheides und Rechtsmittelbelehrung .....	359
4	Rechtsmittel .....	360
4.1	Kantonale Entscheide .....	360
4.2	Entscheide des BFM .....	362
4.3	Aufschiebende Wirkung der Beschwerde .....	363
4.4	Wiedererwägung und Revision.....	364
5	Kosten .....	365
6	Anwaltliche Vertretung, unentgeltliche Rechtspflege und Rechts- verbeiständung .....	365

7	Praktische Tipps .....	367
8	Schema: Verfahrenswege .....	369
	<b>XV Asylrecht .....</b>	<b>371</b>
1	Der Flüchtling .....	371
1.1	Der Flüchtlingsbegriff .....	371
1.1.1	Die Bedeutung des Flüchtlingsbegriffs.....	371
1.1.2	Die Merkmale des Flüchtlingsbegriffs .....	371
1.1.3	Der Flüchtlingsbegriff in einem Satz .....	375
1.2	Das Rückschiebungsverbot .....	375
1.2.1	Das flüchtlingsrechtliche Rückschiebungsverbot .....	375
1.2.2	Das menschenrechtliche Rückschiebungsverbot .....	375
2	Die Asylgewährung .....	376
2.1	Regelfall: Asyl für den anerkannten Flüchtling.....	376
2.2	Der Asylausschluss.....	377
2.2.1	Der «asylunwürdige» Flüchtling .....	377
2.2.2	«Subjektive Nachfluchtgründe» sind Asylausschlussgründe ...	377
3	Die vorläufige Aufnahme .....	378
3.1	Der Schutz von Weggewiesenen.....	378
3.2	Gründe für den undurchführbaren Wegweisungsvollzug .....	379
3.2.1	Die Unzulässigkeitsgründe .....	379
3.2.2	Die Unzumutbarkeitsgründe .....	380
3.2.3	Die Unmöglichkeitegründe.....	382
3.2.4	Ausschluss von der vorläufigen Aufnahme? .....	382
4	Der Verfahrensablauf.....	383
4.1	Das Asylgesuch .....	383
4.1.1	Wie und wo wird ein Asylgesuch gestellt? .....	383
4.1.2	Das Empfangs- und Verfahrenszentrum (EVZ) .....	383
4.2	Die Verfahrensrechte und -pflichten .....	384
4.2.1	Die Anhörung.....	384
4.2.2	Der Untersuchungsgrundsatz.....	385
4.2.3	Die Mitwirkungspflicht.....	385
4.2.4	Das Glaubhaftmachen .....	386
4.3	Der Nichteintretensentscheid .....	387
4.3.1	Eigenheiten des Nichteintretensentscheids .....	387

4.3.2	Die einzelnen Nichteintretensgründe .....	388
4.4	Spezialfall: Der Dublin-Nichteintretensentscheid .....	389
4.4.1	Das Dublin-System .....	389
4.4.2	Die Dublin-Zuständigkeitskriterien .....	390
4.4.3	Das Dublin-Verfahren .....	392
4.5	Der materielle Entscheid .....	393
4.6	Das Rechtsmittelverfahren .....	394
4.7	Das Wiedererwägungs- und Revisionsverfahren .....	396
4.7.1	Nachträgliche Veränderung der Sachlage .....	396
4.7.2	Neu entdeckte Tatsachen oder Beweismittel .....	397
4.8	Die Zukunft: Das beschleunigte Verfahren in Bundeszentren .....	398
5	Die Rechtsstellung der Personen aus dem Asylbereich .....	400
5.1	Asylsuchende (Ausweis N) .....	400
5.1.1	Anwesenheitsrecht .....	400
5.1.2	Recht auf Erwerbstätigkeit .....	400
5.1.3	Mobilitätsrechte .....	401
5.1.4	Recht auf Familiennachzug .....	401
5.2	Flüchtlinge mit Asyl (Ausweis B oder C) .....	401
5.2.1	Anwesenheitsrecht .....	401
5.2.2	Recht auf Erwerbstätigkeit .....	402
5.2.3	Mobilitätsrechte .....	402
5.2.4	Recht auf Familiennachzug .....	402
5.3	Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge und Ausländer (Ausweis F) ....	403
5.4	Abgewiesene Asylsuchende .....	403
<b>XVI</b>	<b>Wege zum Schweizer Bürgerrecht .....</b>	<b>405</b>
1	Das Schweizer Bürgerrecht .....	405
1.1	Gesetzliche Grundlagen – Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes des Bundes .....	405
1.2	Rechte und Pflichten .....	406
1.3	Doppelbürgerrecht .....	406
2	Schweizer Bürgerrecht von Gesetzes wegen .....	406
3	Schweizer Bürgerrecht durch Einbürgerung .....	407
3.1	Ordentliche Einbürgerung .....	407

3.1.1	Einbürgerungsbewilligung durch den Bund nach «altem» BÜG .....	407
3.1.2	Einbürgerungsbewilligung durch den Bund nach neuem BÜG...	410
3.1.3	Einbürgerung durch die Kantone und Gemeinden .....	416
3.1.4	Einbürgerung von minderjährigen Kindern.....	417
3.1.5	Verfahren und Gebühren.....	417
3.1.6	Begründung der Einbürgerungsentscheide und andere Verfahrensgarantien .....	419
3.1.7	Diskriminierungsverbot (Art. 8 Abs. 2 BV, Art. 12 Abs. 2 nBÜG).....	420
3.1.8	Schutz der Privatsphäre (Art. 15c BÜG, Art. 17 nBÜG).....	423
3.2	Erleichterte Einbürgerung .....	423
3.2.1	Allgemeine Voraussetzungen nach «altem» BÜG .....	423
3.2.2	Allgemeine Voraussetzungen nach neuem BÜG .....	425
3.2.3	Ehegatten und Ehegattinnen .....	425
3.2.4	Kinder .....	428
3.2.5	Verfahren .....	429
4	Verlust des Bürgerrechts.....	429
4.1	Verlust des Bürgerrechts von Gesetzes wegen .....	429
4.2	Verlust des Bürgerrechts durch Entlassung oder Entzug .....	430
5	Nichtigerklärung der Einbürgerung .....	430
5.1	Voraussetzungen.....	430
5.2	Hauptanwendungsfall der Nichtigerklärung.....	431
5.3	Verfahren.....	433
5.4	Folgen der Nichtigerklärung .....	433
6	Wiedereinbürgerung .....	436
6.1	Wiedereinbürgerung nach «altem» BÜG.....	436
6.2	Wiedereinbürgerung nach neuem BÜG.....	436
7	Rechtsschutz .....	437
7.1	Bei Entscheiden des Bundesamts für Migration.....	437
7.2	Bei kantonalen Entscheiden.....	437
	<b>XVII Ausblick.....</b>	<b>441</b>
	<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>449</b>